Solidarität bei Angriffen auf den BUND und BUNDler*innen

Die Bundesdelegiertenversammlung beschließt auf Basis des Gesamtratsbeschluss, eine zeitlich begrenzte Arbeitsgruppe einzuberufen, die

- sich einen Überblick über bestehende Angebote zur Stärkung von haupt- und ehrenamtlichen Aktiven verschaffen und Lücken identifizieren soll,
- Bedarfe für juristische Unterstützung bei Angriffen und zur Prävention von Angriffen ermittelt und einen Vorschlag dazu entwickelt,
- Bedarfe für beratende Angebote bei Angriffen und zur Prävention von Angriffen erfasst und einen Vorschlag dazu entwickelt,
- einen Vorschlag für einen Nothilfefonds zur finanziellen Stützung inklusive Kriterien, Entscheidungsmodus und Finanzierungsvorschlag machen soll und
- ihre Ergebnisse dem Gesamtrat im Januar 2027 zum Entschluss vorlegen soll.

Die BDV bittet die Landesverbände sowie Orts- und Kreisgruppen, die Arbeitsgruppe zu unterstützen, in der BUND-Familie solidarisch Hilfe zu leisten und Maßnahmen zum Schutz ihrer Aktiven zu ergreifen.